Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 207 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 3. September 1932.

„Das gibt's nur einmal ..."

„Das kommt nicht wieder!" — Originelle Reichstagseröffnung — Die Forderung des Tages.

Des neugewählten Reichstages erste und — vorläufig — einzige Sitzung war entschieden von einer großen Originalität, und selbst die ältesten Mitglieder dürften sich nicht erinnern, je derartiges erlebt bzw. mitgespielt zu haben. Und wer draußen im Lande davon las, mag erstaunt darüber den Kopf geschüttelt haben, daß es trotz der so außerordentlich scharf zugespitzten Situation nicht zu dem früher so häufigen Riesenkrach kam, der dort aus viel unwichtigeren Anlässen auszubrechen pflegte. Die teils lächerliche, teils peinliche Szene einer kommunistischen Propaganda-Aufführung von dem Sessel des Präsidenten herab war derart, daß sogar den Regisseuren dabei der Angstschweiß ausbrach und die Kehlen allzu trocken wurden, um die Aktrice noch mit Beifall unterstützen zu können. Wenn ihr Abtreten im Zuhörerraum den sarkastischen Zuruf auslöste: „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder!", — so genügte eine solche Kritik vollkommen. Diese Szene wird „einzig" bleiben, sich gewiß nie wiederholen. Schließlich hat sie auch nur das aufhalten können, was rasch in Aktion trat: die nun auch nach außen hin vollzogene Bildung einer „technischen" Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum im Reichstag. Bei der Wahl der Präsidenten machten auch die zwischen diesen beiden Fraktionen stehenden Parteigruppen mit. Und da ergab sich wieder ein originelles Intermezzo dadurch, daß bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten das Zentrum geschlossen gegen den eigenen Fraktionsgenossen Esser und für den Sozialdemokraten Loebe — als Kandidat der zweitstärksten Fraktion — stimmte, Esser also nur die Stimmen der Rechten erhielt; in der — für Loebe aussichtslosen — Stichwahl schwenkte das Zentrum dann freilich zu Esser hinüber, da es sozusagen seiner „parlamentarischen Anstandspflicht" genügt hatte, nun aber verhindern wollte, daß Herr Esser nur durch die Stimmen der Rechten und gegen die der eigenen Fraktion gewählt würde. Jedenfalls war das Endergebnis der Präsidentenwahlen das eine, daß zum erstenmal seit dem Herbst 1918 kein Sozialdemokrat dem Präsidium des Reichstages angehört. Nur von je einem Mitglied der Nationalsozialistischen, Deutschnationalen, Zentrums- und Bayerischen Volkspartei wird es gebildet als Ausdruck der „nationalen Mehrheit des Reichstages", wie der neue Präsident in seiner politisch so bedeutsamen Schlußansprache äußerte.

*

Aber all diese Vorkommnisse und Tatsachen sind ja nicht das „Originellste" an diesem neugewählten Reichstag und seiner ersten und — vorläufig — einzigen Sitzung. Die bei ihr in Erscheinung getretene „technische" Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum will ja den neugewählten Reichstag im Kampf gegen das Präsidialkabinett Papen auf irgendwelchem Wege „retten". Bei den beiden hier maßgebenden Parteien sind aber schon die Beweggründe für diesen Rettungsversuch ganz verschieden. Ebenso verschieden sind die Ziele, die man beim Durchkämpfen des Konflikts mit der jetzigen Regierung verfolgt. Und daher ist die Frage, ob der Reichstag auch im staatspolitischen Sinne arbeitsfähig ist oder nicht, doch noch längst nicht dadurch entschieden, daß sich eine „technische Koalition" zusammenbringen ließ und diese nur das zwar gemeinsame, aber immerhin doch negative Ziel hat, die Reichsregierung zu stürzen. Die Arbeitsfähigkeit wäre erst noch zu beweisen durch Schaffung einer „sachlichen" an Stelle jener nur „technischen" Koalition. Und auch dann ist noch nichts darüber entschieden, ob machtpolitisch ein vom Reichstag tatsächlich unabhängiges und sich allein auf den Reichspräsidenten stützendes Präsidialkabinett die Führung hat und eine entsprechend geartete Verantwortung trägt, oder ein Präsidialkabinett, das, wie unter Brüning, zum mindesten nicht auf ein ausdrückliches Mißtrauen des Reichstages stößt. Was der neugewählte Reichstag tun will, ist also, eine Front zur Selbstverteidigung gegen Angriffe zu schaffen, die ihre Berechtigung zum mindesten aus der ganzen Entwicklung des Parlaments in der Nachrevolutionszeit ableiten dürfen und die außerdem verfassungsrechtlich über — die stärkere Autorität verfügen. Demgegenüber kann aber der Reichstag als scharfe Gegenwaffe gebrauchen, daß auch er der verfassungsmäßige Ausdruck und Vertreter des Volkswillens ist. Vorläufig bewegt sich also die Austragung des Konflikts auf dem Boden der Verfassung; er würde zu einem wirklichen, also rein machtpolitischen Kampf erst dann werden, wenn er diesen Boden verläßt.

*

Auch die nächste Etappe in diesem „parlamentarischen" Konflikt wird des Reizes der Originalität nicht entbehren; denn der bevorstehende „notverordnende" Erlaß über die Einzelheiten des „Aufbauplans" der Regierung Papen wird ja ein Nachspiel im Reichstag haben, das aber ganz im Zeichen der „Sachlichkeit" stehen und überdies auch das Schicksal des Reichstages selbst entscheiden wird. Daß die schleunigste Inangriffnahme eines solchen „Arbeitsprogramms" unbedingtes Erfordernis des Tages ist, dem sich auch aus partei- oder „konflikts"politischen Gründen der Reichstag nicht widersetzen kann, ohne — mit Recht — sich seine sofortige Auflösung zuzuziehen, — diese Ansicht ist der stärkste Hebel für die Bemühungen der führenden Männer jener Reichstagsmehrheit selbst, irgendwie um diese für sie so gefährliche Klippe herumzukommen. Hierdurch würde man den auch „sachlichen" Beweis für die „Arbeitsfähigkeit" einer Mehrheit des Reichstages liefern wollen, freilich aber auch verlangen, daß daraus nun auch der entsprechende Schluß auf das Verhältnis der Regierung zum Reichstag überhaupt gezogen werden müßte. Würde der Reichstag aufgelöst werden, so würde dies keinesfalls den Einfluß der Volksvertretung in der Staatsführung stärken; gelingt es ihm aber, die Auflösung etwa durch die billigende Hinnahme der Notverordnungen vorerst zu vermeiden, so bedeutet das auch nicht gerade eine Stärkung seiner schwer erschütterten Autorität! Allerdings hätte er dann Zeit gewonnen, später den Konflikt mit der Regierung Papen auszutragen.

Dr. Br.

Das Ausland zu dem deutschen Wehrvorstoß

Paris rüstet zum Gegenschlag.

Deutschlands Sicherheitsanspruch ist in den Brennpunkt der internationalen Diskussion gerückt. In der gesamten Auslandspresse findet der Schritt der Reichsregierung größte Beachtung.

Das deutsche Verlangen, eine endgültige Klärung der Abrüstungsfrage herbeizuführen, stößt besonders in den Vereinigten Staaten auf Sympathien. In Washington betont man, daß die deutschen Abrüstungsforderungen Amerikas Wünschen in der Rüstungsbeschränkung entsprächen. Man sähe allerdings eine Abrüstung aller Staaten nach dem Schema von Versailles lieber als eine Umrüstung der deutschen Wehrmacht.

England

hält sich in der Erörterung der Gleichberechtigungsfrage vorläufig zurück. Die im Pariser Fahrwasser segelnde „Morningpost" betont zwar den Unterschied der englischen und französischen Auffassung über die deutsche Forderung, wünscht jedoch, daß London und Paris gemeinsam handelten. England begünstige zunächst Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, damit sich beide Staaten bereits vor dem Wiederbeginn der Genfer Abrüstungskonferenz einigen könnten. Das Einvernehmen zwischen Frankreich und England könnte dann „in Form eines Kompromisses" erfolgen. Als erfreulich ist die Ansicht der „News Chronicle" zu buchen, die in Anerkennung der deutschen Beweggründe schreibt:

Deutschland wolle lediglich Rüstungsgleichberechtigung und die Beendigung der erniedrigenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, in denen Deutschland und nur Deutschland allein die Abrüstung aufgezwungen worden sei. Es sei unmöglich, daß eine große Nation wie Deutschland in einem Europa, das einen dauernden Frieden wünsche, ständig in einem Zustande der Minderwertigkeit gehalten werden könne. Es sei sehr wohl möglich, der natürlichen und gerechten deutschen Forderung zu entsprechen, ohne daß ein neues Wettrüsten beginne.

Das amtliche

Frankreich

hüllt sich nach wie vor in strengstes Stillschweigen. Dagegen feiert die Pariser Presse wahre Orgien an Hetze und Verleumdungen. Der „Temps" gibt ein gutes Bild davon, wie man den deutschen Anspruch durch „Verhandlungstaktik" abzuwürgen gedenkt: Die Gleichberechtigungsforderung könne „unmöglich" zum Gegenstand einer deutsch-französischen Sonderbesprechung gemacht werden, da diese Frage alle Unterzeichner des Versailler Vertrages interessiere. Natürlich werden wir auch wieder für das Scheitern der bisherigen Abrüstungsverhandlungen verantwortlich gemacht, indem man in bewußter Verfälschung der Tatsachen behauptet, Deutschland habe „nicht genügend Sicherheitsgarantien geboten", um die Einlösung des Abrüstungsversprechens der Alliierten zu ermöglichen. (!)

Das chauvinistische „Echo de Paris" behauptet wieder einmal, daß das Reich den Rahmen der Militärklauseln des Vertrages „längst durchbrochen" und seine Streitkräfte „zu einer wahren Angriffsarmee ausgebaut" habe. Der „Petit Parisien" versteigt sich zu folgenden Sätzen: „Alle diejenigen, die den Wunsch haben, den europäischen Frieden nicht zu stören (d. h. die Aufrechterhaltung der französischen Hegemonie), können die deutsche Forderung nur als eine Gefahr für diesen Frieden bezeichnen und ablehnen."

Paris will mit den Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrages Fühlung nehmen

Paris, 2. September. Wie aus der engeren Umgebung des Ministerpräsidenten Herriot am Freitag verlautet, soll die französische Regierung nicht die Absicht haben, eine Antwort auf die deutsche Denkschrift vorzubereiten. Höchstwahrscheinlich werde man sich damit begnügen, der Reichsregierung auf dem üblichen diplomatischen Wege eine Empfangsbestätigung zukommen zu lassen. Augenblicklich handle es sich nicht darum, einen Beschluß zu fassen, man werde vielmehr die Aeußerungen der übrigen interessierten Mächte abwarten. Um die Auffassung der Mächte zu klären, habe sich die französische Regierung veranlaßt gesehen, ihren Botschaftern und Gesandten den Inhalt der deutschen Niederschrift mitzuteilen. Herriot wünsche, daß man in London, Washington, Brüssel, Warschau, Rom usw. über den deutschen Wunsch nach einer direkten Aussprache mit Frankreich unterrichtet sei. In Paris wolle man nicht vergessen, daß der Versailler Friedensvertrag 26 Unterzeichnermächte habe. Der französischen Regierung liege daran, mit den befreundeten Mächten und früheren Alliierten Fühlung zu nehmen.

Wenn man in Berlin damit unzufrieden ist, daß Ministerpräsident Herriot der Oeffentlichkeit den Empfang der deutschen Denkschrift mitgeteilt habe und wenn man weiter die Absicht geäußert habe, den Wortlaut der Note zu veröffentlichen, so stehe dem von französischer Seite garnichts im Wege. Das französische Außenministerium halte die Veröffentlichung sogar für wünschenswert. Noch vor dem Eintreffen der deutschen Denkschrift in Paris habe der Reichswehrminister v. Schleicher es für gut befunden, Erklärungen abzugeben, die die deutschen Forderungen noch schärfer präzisierten, als es der Schriftsatz erkennen lasse. Außerdem seien diese Erklärungen in einem „unangenehmen Ton" vorgebracht worden.

Die deutschen Wünsche ließen sich in zwei Abschnitte gliedern. Zunächst handele es sich um die Revision des Versailler Friedensvertrages und dann um eine Frage, die die Abrüstungskonferenz unmittelbar angehe. In den Pariser amtlichen Kreisen habe man sich daher gefragt, ob das durch Deutschland aufgeworfene Problem diplomatische Verhandlungen erfordere, oder an den Völkerbund verwiesen werden solle, oder schließlich ganz einfach dem Abrüstungsausschuß unterbreitet werden müsse. Diese drei Möglichkeiten harrten noch der Beschlußfassung.

Sonnabend Ministerrat im Elisee.

Paris, 2. September. Die französischen Minister treten am Sonnabend vormittag im Elysée zu einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammen. Der größte Teil dieser Sitzung, die sich voraussichtlich sehr lange ausdehnen dürfte, wird durch einen ausführlichen Vortrag des Ministerpräsidenten über die außenpolitische Lage und den deutschen Schritt in der Rüstungsfrage ausgefüllt sein. Staatspräsident Lebrun begibt sich eigens zu dieser Besprechung von seinem Sommersitz Rembouillet nach Paris und kehrt im Anschluß an den Ministerrat wieder nach dort zurück.

Die Aufnahme in Washington.

Washington, 2. September. Der amerikanische Botschafter in Paris drahtete dem Staatsdepartement, daß die französische Regierung ihm eine Abschrift der Aufzeichnungen über den deutschen Standpunkt in Sachen der Gleichberechtigung in Rüstungsfragen übergeben habe, die er brieflich nach Washington senden werde. Im Staatsdepartement hat man von den Berliner Darstellungen des wahren Sachverhalts mit Interesse Kenntnis genommen und hat

seiner Befriedigung insbesondere darüber Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung keine Aufrüstung plane, sondern im Verhandlungswege die Gleichberechtigung erstrebe.

In diesem Zusammenhange wurde darauf hingewiesen, daß der Botschafter Gibson, als er als Vertreter Amerikas im November 1920 in der Vorbereitenden Abrüstungskommission für den Artikel 53 der Konvention stimmte, der den Status quo der relativen Rüstungen festlegt, deutlich betonte, daß dies sich, soweit Amerika in Frage komme, nur auf der Washingtoner und Londoner Flottenverträge beziehe, daß Amerika jedoch zu den Versailler Bestimmungen in keiner Weise Stellung nehme.

Die amerikanische Presse unterstützt das deutsche Verlangen n. Gleichberechtigung

Neuyork, 2. September. Zu dem deutschen Schritt in der Frage der Gleichberechtigung erklärt „World Telegram", daß die Gerechtigkeit hierbei auf Seiten Deutschlands sei. Es gebe weder eine rechtliche, noch eine moralische Berechtigung, um einer großen Nation die internationale Gleichstellung zu verweigern. Derjenige Teil des Versailler Vertrages, der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF